

12.10.2022
149a

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



Es gilt das gesprochene Wort!

Ansprache
von Bischof Dr. Georg Bätzing,
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz,
beim St. Michael-Jahresempfang
am 12. Oktober 2022 in Berlin

Und doch: hoffen

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich begrüße ich Sie und wünsche uns allen einen schönen gemeinsamen Abend, getragen von Zuversicht und Hoffnung. „Sonst geht’s noch?“ fragen Sie jetzt vielleicht; in dieser Zeit die Hoffnung als Thema beim Michaelsempfang? Aber für Christen und Christinnen gehört die Hoffnung neben Glaube und Liebe quasi zum Kernprogramm.

Damit wir uns nicht missverstehen: Ich sehe die immensen Herausforderungen, vor denen die Menschheit und wir als europäische und deutsche Gesellschaft stehen: den Ukrainekrieg und seine sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die Unsicherheit, ob wir die Energiekrise gemeinsam stemmen können. Ich sehe die Schwierigkeiten auf dem Weg, den dramatischen Klimawandel zu bewältigen und eine sich rasant verändernde, digitale Welt zu gestalten. Ich sehe, dass ethische Fragen am Anfang und Ende des Lebens höherer Aufmerksamkeit bedürfen.

Ich sehe auch, dass unsere Kirche in einer tiefen Krise steckt und die Strahlkraft der Frohen Botschaft davon getrübt wird. Die hohe Zahl von Kirchaustritten kann uns nicht ruhig sein lassen. Auf dem Synodalen Weg ringen wir um Lösungen für die Zukunft, und gleichzeitig stellt uns die Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs täglich vor neue Aufgaben, die wir entschieden angehen.

Angesichts so vieler bedrückender Fakten wie herausfordernder Problemlagen in der Welt und in der katholischen Kirche: Wie können wir da von christlicher

Herausgeberin
Dr. Beate Gilles
Generalsekretärin
der Deutschen Bischofskonferenz

Redaktion
Matthias Kopp (verantwortl.)
Pressesprecher

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 103 214
Fax: +49 (0) 228 103 254
E-Mail: pressestelle@dbk.de

dbk.de
facebook.com/dbk.de
twitter.com/dbk_online
youtube.com/c/DeutscheBischofskonferenz

Hoffnung sprechen? Kurz gesagt: Weil es das Wesen dieser Hoffnung ausmacht, dass wir nicht auf uns selbst, sondern auf Gott vertrauen. Gott ist es, der das Leben aller Menschen trägt und jeden und jede zu ewiger Erfüllung führen will. Er ist der Herr der Geschichte, der gegenüber der Welt – mit all ihrem Unrecht, mit all ihrer menschlichen Anmaßung, mit all ihrer ungerechten Gewalt und all ihren utopischen Versuchungen – das letzte Wort hat. Weil es Gott gibt, einen Gott der unzerstörbaren Liebe zu den Menschen und zur ganzen Schöpfung, haben wir Grund, die Hoffnung für uns und die anderen nie versiegen zu lassen.

Weil alles Zeitliche nicht das Letzte ist, sondern unterfangen und getragen von der Unendlichkeit Gottes, können wir uns nüchtern um unsere weltlichen Realitäten kümmern. Aus der Hoffnung heraus, die auf Gottes Macht setzt, können wir unsere kleine Macht einsetzen, um uns an den großen Fragen der Zeit abzarbeiten. Und wir sind befreit zu einer Solidarität mit unseren Mitmenschen, die nicht unter der Last der Misserfolge zu zerbröckeln droht. Menschen, die aus der Hoffnung leben, lassen sich nicht unterkriegen – nicht vom Scheitern, nicht von der Anfeindung, letztlich nicht einmal vom Tod.

Weil die christliche Hoffnung unzerstörbar ist, erlaubt sie immer wieder neue Aufbrüche. Wir haben dies in der Kirche erlebt. Gestern vor 60 Jahren begann in Rom das Zweite Vatikanische Konzil, und ein Hoffnungsschub ging durch die gesamte katholische Kirche. Eng damit verbunden ist die Würzburger Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland: Ihr zentraler Beschlusstext trug den Titel „Unsere Hoffnung“. Er entfaltete in inspirierender Sprache, welche Kraft die christliche Hoffnung entwickeln kann.

Ich bin überzeugt, dass die Bewältigung der großen Aufgaben, vor denen Politik und Gesellschaft heute stehen, besser gelingt, wenn Christen und Christinnen ihre Hoffnung in die Debatte einbringen – und damit verbunden die Solidarität, die Nüchternheit und die Resilienz, die in dieser Hoffnung gründen.

Das gilt zunächst gewiss für unsere Auseinandersetzung mit dem menschenverachtenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Wir hatten uns – vielleicht naiv – in der Vorstellung eingerichtet, im Europa unserer Generation sei es praktisch undenkbar geworden, dass ein großes Land den kleineren Nachbarn überfällt, um sich dessen Territorium ganz oder teilweise einzuverleiben und dessen kulturelle Identität auszulöschen. Wir müssen nun erleben, wie der von Russland ausgegangene Krieg Zehntausende von Menschenleben kostet, ungezählte Verwundete und Traumatisierte zurücklässt und Millionen in die Flucht treibt. Mit dem Versuch, durch kriegerische Akte, Schein-Referenden und Annexion die Grenzen zu verschieben, wurden ein weiterer Grundpfeiler des Völkerrechts und zentrale Elemente der europäischen Friedensordnung angegriffen. In diesem Krieg geht es um die Grundlagen unseres Zusammenlebens – in Europa und darüber hinaus, jetzt und für zukünftige Generationen.

Weil uns der Frieden unendlich kostbar ist, müssen wir uns dem eklatanten Friedensbruch entgegenstellen. Zahlreiche Länder Europas, auch Deutschland, leisten hier viel: Die

milliardenschweren finanziellen Hilfen für die Ukraine gehören dazu, die Unterstützung der Kriegsflüchtlinge, die Sanktionspolitik gegen Russland, die erhebliche Auswirkungen auch auf unsere eigene Bevölkerung hat, und schließlich die Unterstützung des ukrainischen Abwehrkampfes mit Waffen und militärischen Gütern. Darüber hinaus liegt es in unserer Verantwortung, substanzielle Beiträge zur Abwehr der aufziehenden Hungersnöte in anderen Kontinenten zu leisten. Eine Verringerung der Mittel für humanitäre Hilfe wäre das falsche Zeichen.

Wir stehen als Kirche für Gewaltfreiheit ein und für eine Politik der Gewaltvermeidung. Denn: „Krieg ist immer eine Niederlage der Menschheit“ (Papst Johannes Paul II.). Es fällt uns deshalb schwer, die Lieferung todbringender Waffen an eine Kriegspartei zu bejahen. Aber wir kommen nicht umhin festzustellen: Wenn ein Staat gewaltsam zur Beute eines anderen gemacht werden soll, so besitzt er das natürliche Recht auf Selbstverteidigung. Und die Ermöglichung dieser Selbstverteidigung durch andere Länder ist legitim. So sagt es die Charta der Vereinten Nationen, so sagt es auch die katholische Friedenslehre von jeher, die der Hoffnung auf Frieden eine Basis gibt.

Ich bin den Politikerinnen und Politikern dankbar, die mit Mut und kluger Abwägung angesichts einer schwer zu durchschauenden Lage Entscheidungen treffen und dabei wahrscheinlich nie vollkommen gewiss sein können, das Richtige zu tun. Es verdient Respekt, diese Verantwortung anzunehmen.

Der Ukraine-Krieg hat eine enorme Zahl von Flüchtlingen nach Deutschland geführt. Auch aus anderen Gebieten kommen derzeit wieder mehr Schutzsuchende zu uns. Es wäre sicher falsch, die Probleme, die das mit sich bringt, und die Besorgnisse vieler Einheimischer zu bagatellisieren. Aber eine Emotionalisierung der Debatte oder gar ein Einknicken vor dem rechten Rand würde die Schwierigkeiten nur größer machen. Ich jedenfalls bin allen in Staat, Kirchen und Zivilgesellschaft dankbar, die sich tatkräftig um Hilfe für die aus ihrer Heimat gerissenen Menschen bemühen.

Mit Entschiedenheit müssen wir auch die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Krieges mitsamt der Inflations- und Energiekostenkrise bewältigen. Wir spüren doch mitten in unserer Gesellschaft, wie die Hoffnung auf die Bewältigung der Krise schwindet. Was setzen wir entgegen? Schon vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine waren wir angesichts der Klimakrise aufgerufen, unseren fossilen Energieverbrauch dringend und massiv zu vermindern. Wir alle tragen Verantwortung für die Bewältigung der Energiekrise und für die Bewahrung der Schöpfung und sind aufgerufen, unser eigenes Verhalten anzupassen. Ein solcher – politischer wie persönlicher – Einsatz kann zum Hoffnungszeichen werden und ermöglicht Zukunft, denn wir haben nur dieses eine gemeinsame Haus (vgl. Papst Franziskus, Enzyklika *Laudato si'*, 2015). Als große Institution leistet auch die katholische Kirche ihren Beitrag zum Energiesparen durch Reduktion des Gasverbrauchs, durch energieeffiziente Sanierung oder den Ausbau erneuerbarer Energien und durch aktuelle Maßnahmen.

Um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Ukrainekriegs zu schultern, braucht es starke Solidarität in unserer Gesellschaft. Solidarität sät Hoffnung aus. Angesichts der Vielzahl an Krisen können wir auch nicht nur auf den nächsten Winter schauen und dürfen die längere Perspektive nicht vergessen. Es gilt dabei zuallererst diejenigen zu unterstützen, die die Teuerungen im Energie- und Lebensmittelbereich zur Abdeckung ihrer Grundbedarfe nicht selbst schultern können. Die Zusagen des Sozialstaats müssen durchgesetzt und eingehalten werden. Grundsicherung beziehungsweise Bürgergeld, Wohngeld mit Heizkosten- und Klimakomponente und Kinderzuschlag sind zentrale Elemente, um soziale Härten abzufedern. Es braucht aber auch hierüber hinausgehende Instrumente, die die Menschen und Familien im unteren bis mittleren Einkommensbereich in den Blick nehmen und entlasten. Ebenso dürfen kleine und mittlere Betriebe und Unternehmen nicht alleingelassen werden. Bei Strom- oder Gaskostenbremsen ist zu fragen, ob und gegebenenfalls wie sie so gezielt gestaltet werden können, dass nur diejenigen, die Hilfe wirklich brauchen, diese auch erhalten. Von denjenigen hingegen, die Teuerungen aus eigener Kraft stemmen können, darf Solidarität mit den finanziell schwächeren Bevölkerungsgruppen abverlangt werden. Durch die Maßnahmenpakete, die Sie als Politikerinnen und Politiker auf den Weg bringen, binden Sie nicht nur kurzfristig Mittel – das ist mutig und in Anbetracht der vielen Unwägbarkeiten danke ich Ihnen sehr für die Hoffnungsperspektive, die Sie damit geben. So leistet Politik Wesentliches für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und die Politik darf sicher sein, dass die Kirchen ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten.

Gestatten Sie mir daher, noch eine andere große Frage anzusprechen, für die wir als Gesellschaft einen Weg finden müssen. In den nächsten Monaten steht die gesetzliche Regelung zur Suizidassistenz an. Aus tiefer christlicher Überzeugung halten wir den Suizid und damit auch die Suizidassistenz nicht für den richtigen Weg, um mit Krisen, schweren und belastenden Lebenssituationen und mit dem Sterben umzugehen. Wir sind getragen vom Glauben, dass Gott ein Freund des Lebens ist, der das Leben des Menschen schenkt und bejaht. Zugleich wissen wir um die Tragik vieler Lebenssituationen, gerade am Ende des Lebens, und maßen uns deshalb kein moralisches Urteil über die Entscheidung der individuellen Personen in ihrer ausweglos erscheinenden Situation an. Mit den Überlegungen des Ethikrats möchten wir unterstreichen, dass der Förderung der Suizidprävention im Hinblick auf den weiteren Umgang mit dieser Problematik eine Schlüsselstellung zukommt. Bei allem Respekt vor der Autonomie der Entscheidung sehen wir, dass Autonomie nicht als isoliertes Urteil der individuellen Person zu betrachten ist. Der Mensch, der immer auch Sozialwesen ist, hat gegenüber der Gemeinschaft einen Anspruch darauf, eingebunden und angemessen versorgt zu werden. Dies bedeutet auch das Ernstnehmen seiner Sorgen und Ängste – lange bevor es zu einer akuten suizidalen Situation kommt. Gerade weil der Mensch aber auf Gemeinschaft verwiesen und von dieser geprägt ist, wäre es fatal, wenn im Umfeld von Personen in vulnerablen Lebenssituationen eine mehr oder weniger subtile Beeinflussung in Richtung einer Suizidentscheidung entstünde. Deshalb ist es uns wichtig, dass hier der freie Wille – soweit irgend möglich – vor Vereinnahmungen geschützt wird. Dazu gehört auch die Möglichkeit, dass Pflege- und Betreuungseinrichtungen als Institutionen verlässlich dafür Sorge tragen

können, dass ihre Bewohnerinnen und Bewohner, ihre Patientinnen und Patienten sicher sein können, hier nicht mit der Frage nach einer möglichen Annahme von Suizidassistentz konfrontiert zu werden. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung aus dem Jahr 2020 darauf hingewiesen, dass der Gesetzgeber auch insoweit Vorkehrungen treffen kann. Ich bitte Sie, Verantwortung für das Leben und seinen Schutz zu tragen.

Angesichts der vielen Herausforderungen und Aufgaben, von denen ich ja nur einige Aspekte genannt habe, und zu denen jede und jeder von Ihnen viele weitere dazulegen könnte, kann man natürlich zu dem Schluss gelangen: Da ist aber schon sehr viel Zuversicht erforderlich. Ja, dem ist so. Wir müssen Hoffnung durchbuchstabieren und Rechenschaft von unserer Hoffnung geben (vgl. auch *1 Petr* 3,15). Dazu zählt für uns als katholische Kirche auch der Synodale Weg. Dieser Weg mit allen Klippen ist für mich ein Weg der Hoffnung: für eine Kirche, die sich selbst kritisch reflektiert, Strukturen und Kulturen des Miteinanders ändert, die fragt, was die Zeichen der Zeit sind, und versucht, selbst zerstörte Glaubwürdigkeit mit neuer Vertrauenswürdigkeit zu beantworten, damit viele Menschen mit ihren Sorgen und Nöten Hoffnung in der befreienden Botschaft Jesu finden können.

Wir werden alle viel Zuversicht brauchen, um die jeweiligen Aufgaben zu bewältigen. So manche Resignation, die aufkommt, kann ich wahrlich gut verstehen. Dann sollten wir uns gegenseitig stärken und als Gesellschaft lernbereit zusammenstehen. „Zukunft kann aber nur von den Hoffenden getan werden“ (*Friede als Auftrag*, 1968), hat der große Theologe Karl Rahner einmal gesagt.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie für sich selbst Orte und Zeiten finden, in denen Sie Kraft und Hoffnung schöpfen können. Ich sichere zu, dass wir als Kirche unseren Teil leisten, dass Menschen Hilfe finden und Hoffnung wachsen kann; und wir werden uns weiterhin für das Leben einsetzen. Ich sehe mich dabei ermutigt durch Papst Franziskus, der gesagt hat (vgl. Enzyklika *Lumen fidei*, 2013): „Lassen wir uns nicht die Hoffnung stehlen.“